

Kein Geschlecht nach Wunsch

BERN. Der Bundesrat soll gegen Abtreibungen vorgehen, die einzig erfolgen, weil das Geschlecht des Kindes nicht dem Wunsch der Eltern entspricht. Der Ständerat hat gestern eine entsprechende Motion von Pascale Bruderer (SP/AG) stillschweigend angenommen. Bruderer fordert, dass der Bundesrat die bestehenden Anforderungen an frühe pränatale Untersuchungen präzisiert, um das Missbrauchsrisiko zu reduzieren. Der Bundesrat hatte sich mit der Motion einverstanden erklärt. Das Problem besteht darin, dass neue pränatale Untersuchungen bereits in einem frühen Stadium der Schwangerschaft durchgeführt werden können. Die Resultate liegen vor Ablauf der 12. Schwangerschaftswoche vor – also vor jenem Zeitpunkt, bis zu welchem ein Abbruch erlaubt ist. Zwar ist es verboten, pränatale Untersuchungen einzig mit dem Zweck durchzuführen, das Geschlecht des Embryos oder des Fötus festzustellen. Ein Missbrauchsrisiko bestehe jedoch, wenn das Geschlecht als Nebenbefund pränataler Tests eruiert und mitgeteilt werde. (sda)

«Sackgeldjobs» von der AHV befreien

BERN. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat dafür ausgesprochen, bei geringfügigen Löhnen für Babysitting und andere kleine Dienstleistungen auf die AHV-Beitragspflicht zu verzichten. (sda)

TV-Gebühren: Letzte Differenzen ausgeräumt

BERN. Das neue Radio- und Fernsehgesetz steht: Der Ständerat hat gestern befristeten Ausnahmen bei den Radio- und TV-Gebühren zugestimmt und damit die letzte Differenz bereinigt. Das letzte Wort könnte allerdings das Volk haben. (sda)

Aufsichtsgesetz für Kassen in Reichweite

BERN. Das Krankenkassen-Aufsichtsgesetz ist auf der Zielgeraden. Bis auf drei Differenzen hat der Ständerat die Vorlage gestern bereinigt. So übernahm er etwa den Entscheid, dass eine Krankenkasse zu hohe Prämieinnahmen in einem Kanton im Folgejahr ausgleichen kann, aber nicht muss. (sda)



Appenzeller Musik und St. Galler Spezialitäten: Die Ostschweiz zeigt sich im Bundeshaus von ihrer besten Seite.



Klein-Olma im Bundeshaus

Eine parlamentarische Gruppe will den Ostschweizer Kantonen zu mehr Schlagkraft verhelfen. Ihr erster Anlass ist geglückt. Noch fehlt aber ein Thema, bei dem alle am gleichen Strick ziehen.

MARINA WINDER

BERN. Die parlamentarische Gruppe Ostschweiz ist eine von vielen Interessengruppierungen unter der Bundeshauskuppel. Seit ihrer Gründung vor zwei Jahren liess sie kaum etwas von sich hören. Manch einer glaubte deshalb schon an einen Papier-tiger. Am Montag trat die Gruppe aber aus dem Schatten hervor: In der Galerie des Alpes im Bundeshaus lud sie zum Ostschweizer Abend ein.

Die Idee stiess auf Anklang: Über 100 Parlamentarier folgten der Einladung. An sieben Ständen konnten sie Köstlichkeiten aus sieben Kantonen degustieren. Die Unternehmer selber standen an den Ständen und rückten die Ostschweiz mit ihren Spezialitäten in das beste Licht. Die ausgelassene Stimmung erinnerte bald an eine Olma in Kleinstformat.

Gross, heterogen, unsolidarisch

Mit den sieben Kantonen vom Engadin bis zum Bodensee und zum Rheinfluss fasst die parlamentarische Gruppe ein grosses und heterogenes Gebiet unter dem Begriff der Ostschweiz zusammen. Ausserdem sind nicht weniger als sieben Parteien in der Gruppe vertreten. Es liegt

fast auf der Hand, dass es mehr Themen mit unterschiedlichen Ansichten als Gemeinsamkeiten gibt. Weit auseinander liegen die Positionen in Verkehrsdossiers, in Sachen Fluglärm, und auch bei Bundesratswahlen konnten Ostschweizer Kandidaten bis jetzt nicht auf viel Solidarität hoffen.

Wie eine Botschaft in Bern

«Man darf die Bedeutung der parlamentarischen Gruppe nicht überschätzen», sagt Nationalrat Andrea Caroni (FDP/AR), der sie zusammen mit Lukas Rei-

mann (SVP/SG) ins Leben gerufen hat. Man könne die Gruppe vielleicht mit einer Ostschweizer Botschaft in Bern vergleichen. Sie gebe Rückendeckung, baue eine Brücke ins Bundeshaus und schaffe Sympathien. Damit die Gruppe ihre Schlagkraft beweisen könne, müsse ein geeignetes Thema auf die Agenda kommen. «Es liegt nicht an uns, solche Themen zu setzen», sagt Caroni. «Wir arbeiten darauf hin, dass die Solidarität spielt, wenn es so weit ist.»

Der Thurgauer Regierungsrat Jakob Stark sprach am Montag-

abend als Präsident der Ostschweizerischen Regierungskonferenz, welche die parlamentarische Gruppe unterstützt, zu den Gästen in der Galerie des Alpes. Er wies auf zwei Themen hin, bei denen es für die Ostschweiz wichtig ist, geeint aufzutreten: Zum einen sei dies der Finanzausgleich, zum anderen die Expo 2027.

Unternehmerische Anliegen

Gabriela Manser, CEO der Goba AG, schenkte in Bern Getränke aus ihrem Unternehmen aus. Wenn sie Fachkräfte suche, spüre sie, dass das Appenzell zumindest in der Wahrnehmung der Menschen weit abgelegen sei. «Hier kann die parlamentarische Gruppe etwas bewirken und die Ostschweiz den Leuten näherbringen», sagte Manser.

Johannes M. Trümpy ist Inhaber der Geska AG, die den Glarner Schabziger herstellt. Auch er bot am Montag seine Produkte zur Degustation an. Ihm erscheine es wichtig, dass die Ostschweiz wie andere Regionen auch im Bundeshaus eine Lobby habe. Wenn es darum gehe zusammenzuhalten, könne sich die Ostschweiz von den Tessinern und Westschweizern eine Scheibe abschneiden, sagte Trümpy.



Nationalrat Andrea Caroni, Regierungsrat Jakob Stark und Olma-Direktor Nicolo Paganini (v. l.) am Ostschweizer Abend in Bern.

Hürden für Initiativen erhöhen?

Der Obwaldner Nationalrat Karl Vogler (CSP) verlangt, höhere Hürden für Volksinitiativen zu prüfen. Überraschend unterstützt die Landesregierung seinen parlamentarischen Vorstoss.

LUKAS SCHARPF

BERN. Nichts ist schweizerischer als die Volksinitiative. Aber das traditionelle Instrument hat sich im Gebrauch gewandelt. Die schiere Anzahl zeigt das eindrücklich. Gab es in den 1960er-Jahren noch rund ein Dutzend Initiativen pro Jahrzehnt, so sind aktuell über 30 Initiativen hängig, oder es werden Unterschriften für sie gesammelt.

«Limitierende Mechanismen»

«Dieser enorme Anstieg an Volksinitiativen ist nicht unbedingt Ausdruck tatsächlich notwendiger Reformprozesse», sagt Karl Vogler, CSP-Nationalrat aus Obwalden. Er beklagt, dass die Volksbegehren zu oft aus parteipolitischen Kalkül und im Wettbewerb um Aufmerksamkeit lan-

ciert würden. «Gerade im Hinblick auf nationale Wahlen kann man nicht bestreiten, dass Volksinitiativen zumindest teilweise zum Zweck der Medienpräsenz missbraucht werden», so Vogler. Er will der «Initiativenflut» entgegenzutreten und in Bundesbern die Grundlage für eine vertiefte Auseinandersetzung schaffen. In einem Postulat beauftragt er den Bundesrat, dass dieser «mögliche limitierende Mechanismen» aufzeigt, welche die «Hürden» für die Einreichung von Volksinitiativen erhöht, ohne die demokratischen Rechte «übermässig» einzuschränken.

Vogler denkt dabei nicht nur an eine Erhöhung der notwendigen Anzahl der Unterschriften oder Fristverkürzungen für die Sammelphase. Der Obwaldner will keine Volksrechte einschrän-

ken, aber «es braucht eine Ausbegeordnungs». Nun hat der Bundesrat das Postulat zur Annahme empfohlen – wenn auch mit einer gewissen Vorsicht. Die Regierung weist in ihrer Begründung darauf hin, dass eine Annahme des Postulats nicht mit der Annahme der Forderung nach höheren Schranken gleichzusetzen sei. Aber der Bundesrat sieht in einem Bericht zu Volksinitiative die Chance, eine Diskussion zu ermöglichen.

Letztes Vorhaben gescheitert

Nationalrat Vogler steht mit seinem Anliegen nicht allein da. Der Präsident des Arbeitgeberverbands, Valentin Vogt, forderte ebenso höhere Hürden wie Gerhard Schwarz, Direktor des liberalen Think Tanks Avenir Suisse oder alt Bundesrat Arnold Koller

(CVP). 1999 scheiterte Kollers Vorhaben, die Zahl der notwendigen Unterschriften für eine Volksinitiative auf 200 000 zu verdoppeln, am Parlament.

Widerstand von der SVP

Auch das Postulat braucht eine Mehrheit im Parlament. Vogler ist vorsichtig optimistisch. Man müsse das Thema aus der Tabuzone bringen und kritisch angehen, auch wenn dies ganz schwierig sei.

Harten Widerstand wird es von der SVP geben. «Ich wehre mich gegen jegliche Beschneidung der Volksrechte», sagt etwa SVP-Ständerat Peter Föhn (SZ). Die Hürden seien hoch genug, das zeige auch das Beispiel der FDP, die schon daran gescheitert sei, 100 000 Unterschriften zusammenzubringen.

Recht auf Feuerwerk

AARAU. Im Kanton Aargau soll das private Feuerwerk erlaubt bleiben. Das Kantonsparlament hat gestern die Volksinitiative «zum Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt vor privaten Feuerwerken» klar verworfen. Ein Verbot sei «unverhältnismässig» und eine «Zwängerei». Das Parlament beschloss mit 115 zu 9 Stimmen, dem Volk die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Alle Parteien sprachen sich mehrheitlich gegen die Initiative aus. Das Volk wird im März 2015 entscheiden. Die Gemeinden sollen nach Ansicht des Parlamentes weiter die Kompetenz haben, das Abbrennen von Feuerwerken in ihren Polizeireglementen zu regeln. Ein Feuerwerkverbot sei kein gesellschaftlicher Verlust, sagte ein EVP-Grossrat, der dem Initiativkomitee angehört. Die Haustiere würden wegen der Knallerei in Panik geraten, sagte ein SP-Grossrat. Die Regierung will wie das Parlament nichts von einem Verbot wissen. Die negativen Auswirkungen der Feuerwerke auf das Wohlbefinden von Mensch und Tier seien «nicht besonders gewichtig». (sda)

Höhere Steuern für Grenzgänger

BERN. Der Bundesrat muss prüfen, wie es sich auswirken würde, wenn italienische Grenzgänger nach den höheren italienischen Steuersätzen besteuert würden. Der Nationalrat hat gestern ein Postulat des Tessiner Lega-Nationalrats Lorenzo Quadri angenommen. Quadri schlägt vor, dass die Schweiz mit Italien einen entsprechenden Vertrag abschliesst. Die Schweiz würde die ganze an der Quelle erhobene Steuer zurückhalten und die Differenz Italien erstatten. Auf diese Weise stiegen die Einnahmen aus der Besteuerung der Grenzgänger für beide Länder, so der Tessiner Nationalrat. Der Steuerdruck auf die Grenzgänger nähme zu. Diese könnten damit keine Löhne mehr akzeptieren, die für die Ortsansässigen inakzeptabel seien. Der Bundesrat stellte sich gegen den Auftrag. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf erinnerte an die laufenden Verhandlungen mit Italien. Sie gehe davon aus, dass diese eine Lösung brächten. Aus Sicht der Finanzministerin verletzt der Vorschlag Quadris die Steuerhoheit. (sda)

Anzeige

Die Einheitskasse kommt Sie teuer zu stehen.

Einheitskasse in Frankreich:
Das Defizit der staatlichen Krankenversicherung betrug 2013 rund 7,7 Milliarden Euro.
Le Monde, 11. April 2014

Darum am 28. September:
NEIN
zur Einheitskasse

Erfahren Sie mehr:
www.1heitskasse-nein.ch